



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Kraftleitungen erreicht, die ihrerseits an die badische Industrie und die elsässischen Werke Strom abgeben. Die Idee einer Mittel-europäischen Sammelschiene, die die Wasserkräfte des Alpengebiets sammelt, und in die Ebenen des Nordens und Südens hinableitet, ist damit ihrer Verwirklichung näher gekommen. Das Gefühl der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit der mitteleuropäischen Länder, der Gemeinsamkeit ihrer wirtschaftlichen Interessen und, daraus resultierend, die Verkehrsfragen, wozu auch die Fragen der Kraftleitungen gehören, einheitlich zu behandeln, wird dadurch zweifellos eine bedeutende Vertiefung erfahren.

Trotz alledem müssen wir uns als Techniker auch die Schwierigkeiten vor Augen halten, die der Ausführung derartiger Werke weniger aus technischen, als vielmehr aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus im Wege stehen. Die Energieversorgung eines Volkes ist heute eine Lebensfrage für dessen Wirtschaft. Ohne Energie ist in unserem dichtbevölkerten europäischen Industrieländern die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens auch nur für kürzeste Zeit unmöglich. Das haben wir ja während der häufigsten Elektrizitätsstreiks in den letzten Jahren am eigenen Leibe empfunden, wo schon kurze Unterbrechungen der Stromversorgung unser Leben und unsere Gesundheit bedrohten. Wenn wir daher uns in größerem Umfange darauf einrichten würden, elektrische Energie aus Länder zu beziehen, die nicht innerhalb des Bereiches unseres Staatswesens liegen, so ist die Gefahr einer Unterbrechung dieses Lebensstromes nicht von der Hand zu weisen. Weitgehende Garantien und Reserven im eigenen Lande müßten darum vorhanden sein.

Wenn darum auch die Verwirklichung der europäischen Sammelschiene vorläufig erst in einer ferneren Zukunft zu erwarten ist, so wollen wir doch Bedenken, daß hier die Technik in Politik und Wirtschaft einen neuen Gedanken hereingebracht hat, der vielleicht beim wirtschaftlichen Wiederaufbau einst sich fruchtbar erweisen wird: der Gedanke, der Verpflichtung der Völker zur Gemeinschaftsarbeit zur Auswertung von Naturschätzen.

Weltspiegel.

14. Juni

Dem österreichischen Ministerium Seipel ist eine ungeheure Verantwortung aufgebürdet. Es steht denselben Schwierigkeiten gegenüber wie das vorangegangene Kabinett, ohne an Mitteln reicher zu sein. Aber wie man von allem Neuen etwas besseres erwartet, so hofft man von ihm, daß es ihm gelingen wird, die Folgen der Fehler und Irrtümer der früheren Regierung auszugleichen und wenigstens einen notdürftigen Ausgang aus den Drangsalen dieser Zeit zu finden. Als heiß ersehntes Ziel steht der großdeutschen Partei Oesterreichs immer der Anschluß an das Deutsche Reich vor Augen, und gerade das soll nach dem Willen der Entente, wie er in Versailles und St. Germain festgelegt worden ist, unter allen Umständen verhindert werden. Die Anschlußfrage ist nur eine der großen Fragen, die die alliierten Mächte in den Friedensschlüssen in ihrem Sinne regeln wollten und bei denen sie — verleitet durch Haß

und Verblendung — eine so unglückliche Hand gezeigt haben, daß die von ihnen gefundene Lösung überall im Widerspruch steht mit den wahren Bedürfnissen der Völker und Länder und darum auch da, wo die Entente ihren Freunden eine Wohltat erweisen wollte, nahezu unmögliche Verhältnisse geschaffen hat. So ist auch in die Existenz des neuen Oesterreichs ein innerer Widerspruch, eine Unmöglichkeit hineingetragen worden. In der Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit des Hasses und bei der Oberflächlichkeit und Verständnislosigkeit, mit der die Lage der ihnen ausgelieferten Völker beurteilt wurde, wollten die Ententemächte vor allem verhindern, daß nach der Auflösung des alten Habsburger-Reichs die deutschen Kernlande des alten Oesterreichs wieder in die Verbindung mit ihren Volksgenossen im alten Stammlande zurückkehrten. Nur in dem gefühlsmäßigen Bestreben, Reichsdeutsche und Oesterreicher nicht zusammenkommen zu lassen, behandelten sie die ganze Frage aus dem Gesichtspunkt, daß auch für Oesterreich nur die gefühlsmäßige Hinneigung zu den Stammesgenossen im Deutschen Reich und nur der politische Machtgewinn dieser Verbindung in Frage komme.

Aber so ist es doch nicht. Gewiß ist diese idealistische Gesinnungsgrundlage des Anschlußgedankens von der größten Bedeutung und dem höchsten Wert, und das Streben, die nationale Macht des Deutschtums durch Zusammenfassung der Schicksalsgenossen zu neuer Kraft und neuem Leben zu führen, ist das, was uns in dieser Frage am lebhaftesten berührt. Aber es ist nicht die einzige Begründung, die dem Anschlußgedanken gegeben werden kann, und nicht einmal die entscheidende. Denn die treue Anhänglichkeit an die alten österreichischen Traditionen, die Erinnerung an die Zeit stolzer Selbständigkeit und Kaiserherrlichkeit ist ja nicht erloschen, sondern in weiten Kreisen will man das alte Oesterreichertum und seinen Staatsgedanken wiederaufbauen, pflegen und erhalten, ohne der Zukunft allzu schnell vorzugreifen. Sie scheuen den Anschluß an das Reich, weil sie fürchten, ganz darin aufgehen zu müssen. Und doch, auch hier treiben die Verhältnisse dahin, daß der Gedanke immer näher rückt, weil die wirtschaftliche Not ihr gewichtiges Wort spricht. Oesterreich ist, wenn es auf sich allein gestellt wird, nicht lebensfähig. Diese Ueberzeugung befestigt sich immer mehr und erfaßte auch solche Kreise, die bisher immer noch glaubten, durch ehrliches Eingehen auf die Wünsche der Entente einen andern Ausweg eröffnen zu können. Die Entente aber hat zwar das unsinnige Verbot des Anschlusses an Deutschland ausgesprochen, denkt jedoch gar nicht daran, durch wirkliche Hilfe die nötigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Unter solchen Verhältnissen ist die Lage der österreichischen Republik so schwierig geworden, daß man einem völligen Zusammenbruch entgegensehen muß. Dem kürzlich zurückgetretenen Bundeskanzler Schober waren die Dinge über den Kopf gewachsen. In seiner Außenpolitik an allen Ecken und Enden gehemmt und ohne Aussicht auf irgend eine Besserung in der Wirtschaftslage, vielmehr angesichts eines unaufhaltamen Rollens in den Abgrund, hatte Schober schließlich die Vorschläge der tschechoslowakischen Republik angenommen und den Vertrag von Viena unterzeichnet. Damit hatte er aber seine politische Stütze im Lande verloren, denn die großdeutsche Partei, die ihn mit der sozialdemokratischen zusammen an die Spitze gestellt hatte, wollte diese für die Anschlußpolitik

verhängnisvolle Wendung unter keinen Umständen mitmachen. Die Ministerkrisis hat eine Koalition zwischen Christlich-Sozialen und Großdeutschen an das Ruder gebracht. Wenn durch die Persönlichkeit des neuen Bundeskanzlers, des Prälaten Seipel, der Schwerpunkt jetzt deutlich bei den Christlich-Sozialen liegt — der Partei, die den österreichischen Staatsgedanken am entschiedensten vertritt —, so könnte wohl der Eindruck entstehen, daß damit zugleich ein Abbrechen von dem Anschlußgedanken ausgedrückt werden solle. Aber schon der Eintritt der Großdeutschen unter der Führung des neuen Vizekanzlers Frank in diese Regierung deutete an, daß die Verhältnisse sich verändert hatten. Nicht in dem Sinne, daß die Großdeutschen verzichtet, sondern daß die Christlich-Sozialen wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet sich den Großdeutschen genähert hatten.

Mit bemerkenswerter Schnelligkeit hat sich besonders in den letzten Tagen die Lebhaftigkeit der Anschlußbewegung in Oesterreich gesteigert. Ueber alle politischen Hindernisse hinweg geht das stark hervortretende Verlangen nach mindestens wirtschaftlicher Anlehnung an Deutschland, Einführung der Markwährung in Oesterreich usw. Alles das geschieht unter Führung eines christlich-sozialen Staatsmanns, der am allerwenigsten diese Politik gutheißen würde, wenn nicht eine wirkliche Notwendigkeit bestände. Es ist das freilich nicht so zu verstehen, als ob Bundeskanzler Seipel den Standpunkt seiner Partei verlassen hätte und zu den Zielen der Großdeutschen übergegangen wäre; es spricht sich vielmehr darin nur die Stärke des Druckes aus, unter dem die österreichische Regierung steht, wenn sie den wirklichen Bedürfnissen des Landes einigermaßen Rechnung tragen will. Die gegenwärtige Stimmung in Oesterreich infolge der abermaligen Entwertung der Krone und dem Fehlen jeder Aussicht auf eine hellere Zukunft wird allgemein geradezu als Panik bezeichnet. Man scheint auch in Frankreich eingesehen zu haben, daß, wenn man überhaupt Oesterreich von Deutschland getrennt halten und eine sogenannte „Donaupolitik“ unter französischem Protektorat treiben will, es jetzt die höchste Zeit ist, mit finanzieller Hilfe einzugreifen. Wie sich diese Verhältnisse nun weiter entwickeln werden, ist besonderer Aufmerksamkeit wert. Wir haben von unserer Seite aus infolge eigener Schwierigkeiten und Nöte der Anschlußfrage nicht die stete Beachtung zuwenden können, die sie verdiente. Das Bewußtsein, mit gebundenen Händen in dieser Sache dazustehen, ist selbstverständlich ein starkes Hindernis. Dennoch dürfen wir diese Frage niemals aus unserem politischen Gesichtskreis verschwinden lassen.

Jede Ueberlegung über die Fragen, die im Bereich unserer östlichen und südöstlichen Nachbarschaft schon schweben oder noch neu auftauchen, zeigt, von welcher außerordentlichen Wichtigkeit die Führung einer guten und umsichtigen Wirtschaftspolitik diesen Ländern gegenüber ist. Bei der eigentümlich bedrängten und schwierigen Lage, in der wir selbst uns befinden, wird man noch hinzufügen müssen: zugleich einer kühnen, zuversichtlichen und wagemutigen Wirtschaftspolitik. Nur so können wir das Netz politischer Feindseligkeiten zerreißen, das die Entente, oder vielmehr Frankreich, uns über den Kopf werfen möchte. Am schwierigsten wird es immer sein, mit Polen in ein leidliches Verhältnis zu kommen. Aber die neueste Ministerkrisis, die noch immer nicht beendet ist und teilweise den Charakter eines Kampfes gegen den Staatschef Pilsudski an-

genommen hat, läßt in ihren einzelnen Erscheinungen mitunter doch schon die Andeutung durchblicken, als ob man die wirtschaftlich verhängnisvollen Folgen eines nationalistischen Fanatismus in der polnischen Politik stärker zu fühlen beginnt.

Unsere eigne Lage sieht freilich trostlos genug aus. Die letzte Woche hat das vorläufige Scheitern der Bemühungen um die *R e p a r a t i o n s = a n l e i h e* gebracht, und so hängt der politische Himmel wieder voll schwerer Wolken. Dennoch fehlt es nicht an Lichtblicken, die einem ungetriebten Auge die Hoffnung geben, daß auch hier das Maß erreicht ist. Die Bäume wachsen nun einmal nicht in den Himmel. W. v. M a s s o w.

Bücherschau.

Neue Schweizer Dichtung.

Wenn man den Anteil überblickt, den das schweizerische Schrifttum an der gesamtdeutschen Literatur hat, so liegt es nahe, zunächst etwa an F. S. Pestalozzi, Gottfried Keller und C. F. Meyer, weiterhin etwa an Karl Spitteler und Joseph Victor Widmann zu denken. Um sie gruppieren sich dann in zweiter Reihe die etwas jüngeren Zeitgenossen wie Federer, Stegemann, A. Frey, Jegerlehner, Huggenberger, Jakob Schaffner, Zahn u. a., die teils Schweizer der Geburt nach sind oder aber mit Vorliebe ihre Stoffe aus der schweizerischen Umwelt geholt haben. Die deutschen Literaturfreunde haben sich im wesentlichen um diese deutschschweizerische Literatur gekümmert, da man in ihr mit Recht nach Gottfried Kellers bekanntem Ausspruch eine geistige Provinz des an keine politischen Grenzen gebundenen Deutschtums erblickt. Nun stellt aber bekanntermaßen die Schweiz als politisches Gebilde ein Haus dar, in welchem drei Familien verschiedenen Geblüts unter einem Dach zu wohnen gezwungen sind. Daß dies nicht immer friedlich und schiedlich geschieht, weiß man, aber verglichen mit dem, was in anderen Ländern Söhne desselben Bluts und derselben Sprache an Zank und Streit gegeneinander aufbringen, ist das Verhältnis immer noch erträglich. Und so ist es bezeichnend, daß es gerade neuerdings auf schweizerischem Boden Verlagsunternehmungen gibt, die es sich angelegen sein lassen, den deutschsprechenden Schweizern und Nichtschweizern auch diejenigen Werke wenigstens in Auswahl zu vermitteln, die auf dem Boden der welschen Schweiz entstanden sind. Es kann nicht überraschen, daß gerade in solchen Verlagshäusern auch kosmopolitische und pazifistische Grundgedanken ihre Heimstatt finden. Dem Andersgesinnten wird es unbenommen bleiben, demgegenüber mit der eigenen Meinung nicht zurückzuhalten. Andererseits aber wird der unparteiische Beobachter geistiger Entwicklungen seine Freude daran haben, wenn er unter den neuen Namen der jungen Schweiz schöpferische Kräfte entdeckt, bei denen das deutschblütige oder fremdblütige Element untergeht im allgemeinen schweizerischen Heimatbewußtsein und somit aus der Scholle, das will in diesem Falle sagen, aus der Luft der heimatischen Berge und Täler seine Kraft und Wirkung zieht.

Gedanken dieser Art kann eine Büchersendung anregen, die mir vor einiger Zeit von dem rührigen in Basel beheimateten R h e i n b e r l a g zugekommen ist. Alte und neue Namen deutsch- und welschschweizerischer Herkunft klingen da friedlich nebeneinander auf und der Gewinn der Lektüre besteht